

Goldwährungsländern vielfach stärker als in den Inflationsländern gestiegen ist. So hat z. B. die ausgegebene Notenmenge von Dezember 1928 bis Dezember 1933 in der Schweiz um 59%, in Belgien um 47% und in Frankreich um 29% zugenommen; in Inflationsländern, wie Großbritannien, beträgt der Zuwachs in der gleichen Zeit nur 1%. In Österreich und Ungarn ist sogar eine Abnahme von 11, bzw. 28% festzustellen.

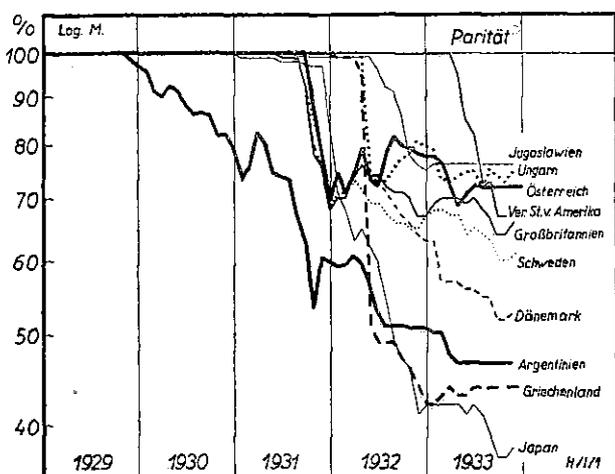
Die Inlandswechsel haben sowohl in den meisten Inflationsländern als auch in den Goldstandardländern einen Rückgang aufzuweisen, nur ist die Abnahme in diesen Ländern von bedeutenderem Ausmaß. Das erklärt sich aus der großen Flüssigkeit der Geldmärkte dieser Staaten und besonders aus dem überreichlichen Angebot an kurzfristigem Kapital. Dadurch wurde der Kreditbedarf am offenen Markte befriedigt und die Notenbank entlastet. Der Rückgang des Wechselportefeuilles von Dezember 1929 bis Dezember 1933 betrug z. B. in der Schweiz 77%, in den Niederlanden 66% und in Frankreich 18%.

Die gewaltigste Schrumpfung haben wohl wie ein Blick auf die Zahlentabelle zeigt, die Devisenbestände der Notenbanken mitgemacht und vielfach wurden sie praktisch überhaupt auf Null reduziert. Eine Ausnahme macht nur Schweden, das nach vorübergehender Verminderung die Devisenbestände in den letzten 2 Jahren bedeutend vermehrt hat.

Die Aufgabe des Goldstandards so vieler Staaten veranlaßte eine Kapitalverschiebung nach den Goldländern, die zum Großteil durch Goldübertragungen durchgeführt wurde. Dadurch kam es zur Aufstapelung riesiger Goldmengen in den Notenbanken der übriggebliebenen Goldländer. Glücklicherweise wurde auf Grund dieser Goldvorräte nicht der Notenumlauf erhöht, sondern das

Deckungsverhältnis verbessert, das z. B. im Dezember in der Schweiz 132%, in Holland 83% und in Frankreich 78% betragen hat. Eine solche weit über das normierte Maß hinausgehende Deckung bedeutet zwar eine ziemliche Belastung, bzw. unausgenützte Verdienstmöglichkeit für die Notenbanken dieser Länder, hat aber sicher nicht nur eine Beruhigung der Kapitalmärkte gebracht, sondern auch eine Goldinflation, ähnlich derjenigen, die Amerika im Kriege erlebte, vermieden. Dadurch wird aber auch im Falle einer zukünftigen Wiederherstellung der Goldwährung eine Rücküberführung des Goldes in die Inflationsländer erleichtert und ohne Deflationsdruck in dem goldabgebenden Lande ermöglicht werden. Gegenüber diesen für die Rückkehr zu stabilen Verhältnissen auf Goldbasis günstigen Voraussetzungen müssen auch die ungünstigen in Erwägung gezogen werden. Vor allem die neueingetretene Verschiebung der Kaufkraftparitäten zugunsten der Inflationsländer kann, wie im internationalen Teil des letzten Heftes näher ausgeführt wurde, eine Gefahr für die Goldwährungsländer bedeuten. Ferner kann das amerikanische Währungsexperiment, das ebenso gewaltig in seinen Dimensionen wie systemlos und daher unberechenbar in der Methode durchgeführt wird, noch immer ganz unerwartete Situationen heraufbeschwören. Man muß sich aber klar sein, daß erst die Stabilisierung der Verhältnisse dem Unternehmer ermöglichen würde, auf längere Zeit hinaus Rentabilitätsabwägungen für Investitionen anzustellen und daß auch erst die großen Kapitalmengen, die zwar dauerhafte Ersparnisse darstellen, aber aus Sicherheitsgründen kurzfristig angelegt sind, der Wirtschaft wieder auf lange Sicht zur Verfügung gestellt würden, wodurch der Mangel an billigen langfristigen Kapital, der größte Hemmschuh der Wirtschaftsbelebung, beseitigt werden könnte.

Währungsentwertungen



### TSCHECHOSLOWAKEI

Die wenig günstige Wirtschaftslage der Tschechoslowakei hat auch im letzten Vierteljahr keine wesentliche Änderung erfahren. An der allgemeinen leichten Wirtschaftsbelebung, die in den letzten Monaten in vielen Ländern festgestellt werden konnte, nimmt die Tschechoslowakei noch kaum einen Anteil. Die Abwärtsbewegung der meisten Wirtschaftsreihen hat sich zwar verlangsamt oder ist vereinzelt zum Stillstand gekommen, doch wird bei dem schon erreichten Tiefstand auch ein geringfügiger Rückgang immer schwerer von der Wirtschaft empfunden. Insbesondere die weiter ungün-

stige Entwicklung des Außenhandels hat die Öffentlichkeit den Ernst der gegenwärtigen Wirtschaftslage erkennen lassen und man versucht infolgedessen mit aller Energie, die Ursachen des unerquicklichen Zustandes festzustellen und jene Wege zu finden, auf denen die Tschechoslowakei den Anschluß an die Wirtschaftsbelebung der übrigen Welt finden könnte.

Die Frage der *Währung* ist gegenwärtig das Kernproblem der Tschechoslowakei und von der richtigen Lösung wird in erster Linie die künftige Entwicklung seiner Wirtschaft abhängen. Das wird auch allgemein anerkannt und es handelt sich jetzt darum, daß von den zur Diskussion stehenden diesbezüglichen Vorschlägen, die keineswegs einheitlich sind, der zweckmäßigste zur Verwirklichung gelangt. Die zur Diskussion stehenden Pläne werden weiter unten besprochen.

Die Währungspolitik der Tschechoslowakei war in den letzten Jahren fast ausschließlich von dem Ziel der unbedingten Aufrechterhaltung der Goldparität der tschechoslowakischen Krone geleitet und fand ungeteilte Zustimmung. Seine Erreichung erforderte vor allem eine scharf restriktive Politik der Notenbank, die nur bei großer Opferbereitschaft aller Beteiligten möglich war. Die Restriktion ist auch in weitem Ausmaß gelungen. Wie aus der Tabelle hervorgeht, ist der Notenumlauf von einem Monatsdurchschnitt von 7470 Millionen Kč im Jahre 1929 auf 6410 im Durchschnitt des Jahres 1932 gesunken und liegt 1933 noch unter diesem Ausmaß. Die Giroverbindlichkeiten haben dagegen ihren Tiefpunkt 1932 erreicht und weisen 1933 einen leichten Anstieg auf. Besonders auffallend ist der nahezu unveränderliche Barschatz, der erfolgreich verteidigt werden konnte. Die Summe eskomptierter Wechsel und Wertpapiere hat dagegen ziemlich bedeutend zugenommen, nämlich von 696 Millionen im Monatsdurchschnitt von 1929 auf 1110 im Jahre 1932. Dagegen wird diese Ziffer im zweiten Halbjahr 1933 wieder rückläufig. Andererseits kann nicht geleugnet werden, daß gleichzeitig mit der restriktiven Kreditpolitik, deren Ziel es war, die Währung stabil zu halten, Maßnahmen vorgenommen wurden, die eine Erleichterung des Deflationsdruckes herbeiführen sollten, dabei aber so geartet waren, daß sie dem ersten Ziel entgegenwirken mußten. In dieser zwiespältigen Politik muß die Hauptursache der gegenwärtigen unbefriedigenden Wirtschaftslage gesehen werden.

Die restriktive Politik der Notenbank führte zu einer Anspannung am Geldmarkt. In derselben

Richtung wirkten außerdem die Hortung von Bargeld, die Mitte des Jahres 1933 auf ungefähr 750 Millionen Kč geschätzt wurde, das Einfrieren von Exporterlösen in der Höhe von ungefähr 2 Milliarden und die Abberufung von Auslandskapital in der Höhe von zirka 2½ Milliarden. Die mit leichtem Zwang untergebrachte Arbeitsanleihe von 2 Milliarden, die Einlagenvermindierungen zur Folge hatte, trug noch ihrerseits bei, die Lage am Geldmarkt weiter zu versteifen. Daß dadurch der Zinsfuß steigen mußte, ist offensichtlich und eben eine schmerzliche aber unausweichliche Folge einer Preissenkungspolitik durch Krediteinschränkung. Der unangenehmen Konsequenz wollte man durch Festsetzung von niedrigen Maximalzinssätzen ausweichen. Die Folge war ein allgemeiner Rückgang der Spareinlagen, der auch gegenwärtig noch anhält und vor allem bei den großen Einlagen feststellbar ist. Die gesamte Einlagensumme bei den Sparkassen verminderte sich von Jänner bis Oktober 1933 von 21.841 auf 20.469 Millionen Kč, während sie sowohl 1931 als auch noch 1932 innerhalb der gleichen Zeit gestiegen war. Parallel damit lag auch der Markt für festverzinsliche Papiere, bei minimalen Umsätzen, schwach. Der Index für festverzinsliche Werte ging ununterbrochen von 97 im Jänner 1933 auf 91 im Dezember 1933 zurück und erreichte damit den tiefsten Stand seit 1931. Auch die Aktienkurse, die vorübergehend seit März des Jahres 1933 nicht unbedeutend gestiegen waren, erlitten im letzten Monat einen neuen Rückschlag.

Daß unter solchen Umständen auch der Status der Banken sich keineswegs günstig gestalten konnte ist offensichtlich und die erneuten Anstrengungen durch wirtschaftspolitische Maßnahmen eine Besserung der Wirtschaftssituation herbeizuführen, werden nicht in letzter Linie von der Absicht geleitet, die nicht unbedenklich angespannte Lage mancher Banken zu erleichtern.

In der Erkenntnis, daß ein ausgeglichenes *Budget* die erste Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Parität ist, war die Tschechoslowakei immer mit Erfolg bemüht, den Staatshaushalt im Gleichgewicht zu erhalten. Schon im Voranschlag für 1933 wurden 1½ Milliarden eingespart und für das Jahr 1934 wurde die präliminierte Ausgabensumme abermals um 1 Milliarde auf 7.6 Milliarden Kč gegenüber 9.8 Milliarden Kč im Jahre 1931 herabgesetzt. Man beabsichtigt die Ersparungen vor allem durch abermalige Senkung der Bezüge der Staatsangestellten um ungefähr 4%, ferner durch Verminderung des Aufwandes für die

Verzinsung von Anleihen (mittels der bereits eingeführten Kuponsteuer) und durch eine Einschränkung des Sachaufwandes erreichen zu können.

Auch die *Preisbewegung* der Tschechoslowakei ergab sich als Resultierende zweier sich widersprechender wirtschaftspolitischer Absichten und Aktionen; die eine war Stabilerhaltung der Währung, was nur durch Anpassung der Inlandspreise an das Sinken des Weltpreinsniveaus möglich ist, die andere war, den Preisfall soweit als möglich aufzuhalten und sich seinen unangenehmen Wirkungen zu entziehen. Das erste Ziel wurde, wie schon erwähnt, durch eine restriktive Kreditpolitik zu erreichen versucht, das zweite durch Erhöhung der Zölle, durch Einfuhrbeschränkungen und Kontingente, die den Preisdruck vom Ausland her abwehren sollten, und durch Bildung von Syndikaten zur Aufrechterhaltung der Preise im Inland. Hier wäre vor allem das Getreidesyndikat zu erwähnen, das die Aufgabe hatte, Stützungskäufe nach der Ernte durchzuführen, und das Forst- und Holzsyndikat, das den ersten großen Versuch einer planwirtschaftlichen Regelung unter Aufsicht der Regierung, welche die Größe der Produktion bestimmen und Mindestpreise festsetzen kann, darstellt. Als Folge dieser Maßnahmen zeigt sich, daß das Preisniveau der Tschechoslowakei, abgesehen von Deutschland, den geringsten Rückgang unter allen Goldwährungsändern aufweist. Der Index der Großhandelspreise in der Tschechoslowakei ging, wenn der November 1928 gleich 100 angenommen wird, bis November 1933 auf 69 zurück, also um 31%; dagegen betrug die Preissenkung im Großhandel während derselben Zeitperiode in Polen 41%, in Italien 41%, Frankreich 40% und im Deutschen Reich 31%. Noch deutlicher kommt die Starrheit des Preisgefüges in der Tschechoslowakei in den Veränderungen der Lebenskosten zum Ausdruck, die sich innerhalb derselben Zeit in der Tschechoslowakei nur von 100 auf 94, also um 6% ermäßigten, in Polen dagegen um 34%, im Deutschen Reich um 21% und in der Schweiz um 19%. (Man vergleiche dazu die ausführliche Darstellung der internationalen Preisentwicklung in Heft 12, Jahrgang VII der Monatsberichte vom Dezember 1933.) Daraus geht deutlich hervor, daß die Tschechoslowakei ein im Verhältnis zum Ausland überhöhtes Preisniveau hat. In diesem Zusammenhang muß besonders auf den starken Preisfall in Polen hingewiesen werden, welchem Lande es auch gelang seine Währung ohne Devisenordnung aufrechtzuerhalten. Die

Preisbewegung in der Tschechoslowakei ist freilich im Gegensatz zu den Weltmarktpreisen zurzeit noch rückgängig. Nur der Index der reagiblen Warenpreise hat Anfang 1933 seinen Tiefpunkt erreicht und steigt in Übereinstimmung mit den Weltmarktpreisen leicht an. Nur wenn die Preise in den maßgebenden Auslandsstaaten stark ansteigen würden, wäre es möglich, das Entsprechungsverhältnis zwischen dem tschechoslowakischen Preisniveau und den „Weltmarktpreisen“ ohne weitere Preissenkungen in der Tschechoslowakei wiederherzustellen; diese Entwicklung ist aber nicht oder nicht rasch genug zu erwarten.

Die industrielle *Produktion* leidet einerseits an der geringen Aufnahmefähigkeit des Innenmarktes und dem geradezu katastrophalen Rückgang des Außenhandels. Als symptomatisch für die Entwicklung der allgemeinen Produktionsverhältnisse kann die Zahl der Arbeitslosen angesehen werden, die von November 1931, da sie 337.700 betrug, bis November 1933 auf 692.100 anstieg. In den letzten Monaten des Jahres 1933 ergibt sich zwar noch eine absolute Zunahme der Arbeitslosen und die Gesamtziffer ist auch in den einzelnen Monaten höher als in denselben Monaten des Vorjahres. Während aber seit Beginn der Krise die Zahl der Arbeitslosen im gleichen Monat des nächsten Jahres immer bedeutend höher war, tritt im letzten Vierteljahre 1933 das erstmal eine deutliche Angleichung an den Stand im gleichen Monat des Vorjahres in Erscheinung. So war die Zahl der Arbeitslosen im November 1932 um 271.000 höher als im November 1931, im November 1933 aber nur noch um 84.000 höher als im November 1932.

Die Steinkohlen- und Braunkohlenförderung liegt im Jahre 1933 noch unter den Ziffern für die gleichen Monate des Vorjahres. Die Koksproduktion weist dagegen im zweiten Halbjahre 1933 in jedem Monat bereits eine, wenn auch geringfügig größere Produktion als im Vorjahre aus. Dasselbe gilt auch für die Roheisen- und Rohstahlerzeugung. Die Produktion von Roheisen betrug z. B. im November 1932 34.000 Tonnen, November 1933 44.000 Tonnen, im November 1931 allerdings noch 88.000 Tonnen. Für Rohstahl betragen die analogen Novemberziffern, 57.000 Tonnen für 1932, 68.000 Tonnen für 1933 und 105.000 Tonnen für 1931. Andere Industriezweige, wie die Zucker-, Bier- und Automobilproduktion, zeigen dagegen weiterhin eine rückläufige Tendenz.

Da ein Ausgleich der Verschiedenheit zwischen

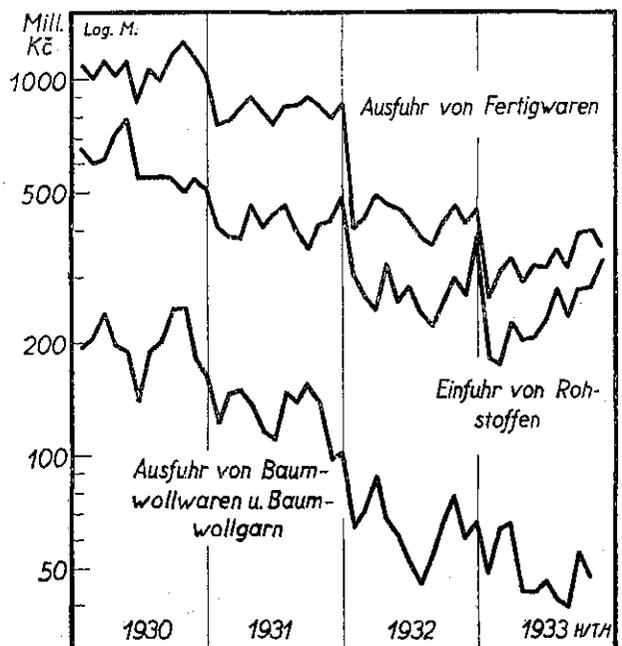
dem Preisniveau im Inland und dem am Weltmarkt, durch die Devisenbewirtschaftung künstlich verhindert wurde, mußte es vor allem zu einer Schrumpfung des *Außenhandels* kommen, die über jenes Ausmaß hinausging, das infolge der Krise und der Beschränkungen des internationalen Wirtschaftsverkehres durch andere Länder eingetreten wäre. Wird der November 1928 mit 100 angenommen, so ging der Wert der Ausfuhr bis November 1933 auf 28 zurück, also um 72%. In der Schweiz betrug der Rückgang der gleichen Zeit nur 60%, in Polen 60%, im Deutschen Reich 63%, in Frankreich und Italien je 64% (vgl. auch den Außenhandelsbericht im Novemberheft 1933 dieser Monatsberichte, Heft 11, Jahrg. VII.).

Die analogen Ziffern der Tschechoslowakei für die Einfuhr zeigen einen Rückgang um 67%. Für die Schweiz beträgt die Verringerung der Einfuhr

vergleichsweise nur 42%, für Frankreich 52%, für Polen 72%, für Italien 69% und für das Deutsche Reich 70%. Eine weitere Ursache der Einschränkung des Außenhandels waren die Autarkiebestrebungen der Tschechoslowakei, was besonders in dem Rückgang der Getreideeinfuhr zum Ausdruck kommt. Die Notwendigkeit währungspolitischer Maßnahmen zur Beseitigung der Erschwernisse des Außenhandels durch die Verschiedenheit der Preisniveaus ist allgemein anerkannt und nur um die Form geht der Streit der Meinungen. Zwei Projekte sind in letzter Zeit ernstlich in Diskussion gezogen worden. Das Erste schlägt eine Refundierung verschiedener Steuern, wie der Umsatz-, Kohlen-, Verkehr- und Wasserkraftsteuer an die Exporteure vor. Der zweite Plan von Professor *Engliš* sieht Prämienzuschläge zu den Devisenkursen vor in der Art, daß der Exporteur für die abgelieferten Devisen den offiziellen Kurs plus einer Prämie von 10 bis 20% erhält, der Importeur aber für die Devisen den offiziellen Kurs und dieselbe Prämie zu zahlen hat. Schließlich wird auch ein Projekt mit individuellen Prämien in Erwägung gezogen. Der erste Vorschlag erleichtert zwar die Ausfuhr, erschwert aber in keiner Weise die Einfuhr und läuft im wesentlichen auf einen Steuernachlaß hinaus. Der zweite Plan von Professor *Engliš* erinnert stark an gewisse englische Vorschläge, die im Jahre 1931 gemacht wurden, insbesondere von *J. M. Keynes* in seinem Beitrag zum berühmten MacMillan-Report. *Keynes* schlug damals die Einführung eines

Tschechoslowakische Wirtschaftszahlen													
Zeit	Geld- und Kapitalmarkt						Großhandelspreise <sup>2)</sup>		Produktion von		Außenhandel		Arbeitslose <sup>1)</sup>
	Notenumlauf <sup>1)</sup>	Giralguthaben u. sofort fällige Verpflichtungen <sup>1)</sup>	Bareschatz <sup>1)</sup>	Eskont. Wechsel und eskont. Wertpapiere <sup>1)</sup>	Aktienindex <sup>2)</sup>	Privatdiskont <sup>1)</sup>	Gesamtindex	Industriestoffe	Steinkohle	Rohreisen	Fertigwarenausfuhr	Rohstoffeinfuhr	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
1928	7847	614	3053	294	142	4.9	968	1013	1264	131	1213	761	38.635
1929	7470	449	2976	696	144	5.1	913	978	1394	137	1216	815	41.630
1930	7095	474	3446	349	118	4.4	810	887	1214	120	1072	593	105.442
1931	6953	503	3147	850	94	4.9	738	776	1103	97	826	415	291.332
1932	6410	444	2606	1110	74	5.1	682	711	921	38	426	276	554.059
1933	6072	623	2665	1090	81	4.0	659	683					
1932 I.	6808	384	2529	1543	78	6.0	699	741	1036	51	401	306	583.138
II.	6693	279	2440	1187	77	6.0	693	735	972	47	423	263	631.736
III.	6826	279	2376	1121	74	6.0	693	730	946	43	493	241	633.907
IV.	6740	375	2723	806	69	5.0	688	722	923	43	466	322	555.832
V.	6582	350	2364	810	66	5.0	680	712	795	33	451	253	487.228
VI.	6410	348	2582	1170	67	5.0	665	691	801	35	419	279	466.948
VII.	6224	499	2593	1156	71	5.0	670	689	792	28	378	240	453.294
VIII.	6144	458	2620	1036	73	5.0	669	692	870	33	358	218	460.952
IX.	6218	579	2681	1077	80	4.5	685	718	903	35	410	250	486.935
X.	6057	634	2681	1015	79	4.5	681	708	1005	35	461	297	533.616
XI.	5951	512	2693	1062	76	4.5	678	698	1055	34	408	265	608.869
XII.	6267	602	2685	1338	77	4.5	677	696	953	34	447	376	746.311
1933 I.	5616	904	2714	1012	76	4.0	661	679	950	33	261	178	872.775
II.	5602	625	2720	767	75	4.0	659	676	850	35	306	173	920.182
III.	6272	601	2713	975	72	4.0	653	676	874	41	334	222	877.955
IV.	6182	733	2676	1064	74	4.0	647	671	737	41	286	201	795.919
V.	6138	632	2707	1258	83	4.0	658	679	811	48	319	204	726.629
VI.	6568	509	2656	1407	83	4.0	673	694	807	46	315	226	675.933
VII.	6253	555	2641	1218	86	4.0	672	701	832	43	351	279	640.360
VIII.	6168	416	2613	1101	86	4.0	666	694	844	42	312	232	625.836
IX.	6310	500	2630	1039	89	4.0	660	687	907	44	392	276	622.551
X.	6148	420	2641	986	84	4.0	658	682	997	46	395	278	629.992
XI.	5705	715	2630	967	85	4.0	654	677	1028	44	356	326	692.101*
XII.	5906	871	2634	1290	82	4.0	650	674					

Außenhandel der Tschechoslowakei



Offizieller Diskontsatz: Seit 25. Jänner 1933 3 1/2%, vorher 4 1/2% seit 26. September 1932.

<sup>1)</sup> Monatsende. — <sup>2)</sup> Industrie- und Transportaktien, Stand am ersten Börsenfreitag des Monats. — <sup>3)</sup> Monatsbeginn.

\* Vorläufige Ziffer.

Nach dem Bericht der Tschechoslowakischen Nationalbank.

allgemeinen 10%igen Einfuhrzolles verbunden mit einer 10%igen Ausfuhrprämie vor. Er ging dabei von der richtigen Anschauung aus, daß eine solche Einrichtung einer 10%igen Abwertung der englischen Währung gleichkäme, allerdings einer Entwertung, die sich nur auf den Warenverkehr bezogen und daher keine Erleichterung für die Schuldner Englands mit sich gebracht hätte. Dieser letztere Umstand war ja auch dafür maßgebend, daß *Keynes* nicht einfach eine Abwertung des Pfundes empfahl.

Der *Englißplan* bedeutet ebenfalls eine Abwertung der Währung, die kaum lange auf den Warenverkehr beschränkt bleiben könnte. Die gegenwärtige Lage der Tschechoslowakei ist jedoch in vielen Punkten von der Lage Englands im Jahre 1931 verschieden, so daß der Plan *Engliß'* mehr Berechtigung hat, als der seinerzeitige Vorschlag *Keynes'*. *Erstens* ist die internationale Kreditverflechtung der Tschechoslowakei viel geringer als die Englands. Es käme daher ein solches Prämiensystem, auch wenn es vorläufig auf den Warenverkehr beschränkt bliebe, einer vollständigen Abwertung der tschechoslowakischen Krone viel näher, als eine Durchführung der *Keynes'schen* Vorschläge einer Abwertung des Pfundes. *Zweitens* hat die Tschechoslowakei eine sehr strenge Devisenbewirtschaftung, die in England vollständig fehlte, und *drittens* steht trotzdem der Kurs der tschechoslowakischen Krone auf Märkten, wo ein freier Verkehr möglich ist, um 7 bis 10% unter der Parität. Der Zuschlag im Privatclearing in Wien beträgt bekanntlich 22% für die tschechoslowakische Krone gegen 28% für Westwährungen und auch in der Schweiz ist die tschechoslowakische Krone um zirka 7% unter der Parität erhältlich. Mit einem Wort, die tschechoslowakische Krone ist bereits etwas entwertet und der *Engliß-Plan* läuft auf die Anerkennung dieser Tatsache

hinaus. Allerdings dürfte der vorgeschlagene Devisenzuschlag von 15—20% die gegenwärtige Entwertung, die sich jedoch wegen der Devisenbewirtschaftung nicht genau abschätzen läßt, nicht unbeträchtlich übersteigen.

Für das Ausland wird die offizielle Abwertung der tschechoslowakischen Krone eine verstärkte Konkurrenz mit sich bringen. Es besteht auch die Gefahr von Gegenmaßnahmen, insbesondere dann, wenn aus taktischen und Prestigegründen nicht von der Anerkennung einer schon bestehenden Entwertung, sondern von „Krisenzuschlägen“, „Exportprämien“ und dergleichen gesprochen wird. Wenn jedoch, wie zu erwarten, dieser Schritt nach einiger Zeit zu einem Abbau der den Verkehr hemmenden Devisenbewirtschaftung führt und die Abwertung den bestehenden Wertverhältnissen entspricht, ist gegen den Plan kaum etwas einzuwenden. Jedenfalls würde seine Durchführung Verhältnisse schaffen, die dem gegenwärtigen Zustand des Festhaltens an einem fiktiven Kurs und des Zurückscheuens vor den notwendigen Restriktionsmaßnahmen, durch die die Preise den Auslandspreisen angepaßt werden könnten und der fiktive Kurs wieder zum richtigen Kurs würde, unbedingt vorzuziehen wären. Die Einwendungen, die gegen diesen Plan vor allem von den Importeuren erhoben werden und die dahin gehen, daß dadurch eine Belastung der Konsumenten entsteht, sind zwar richtig, aber diese Belastung ist gerechtfertigt, da gegenwärtig die Einfuhrpreise künstlich zu niedrig gehalten werden. Auch sind die bestehenden Kontingente kein Hindernis, die Einfuhr mit der Ausfuhr in Einklang zu bringen. Da eine weitere Deflation abgelehnt wird und daher eine Rückkehr zur Parität nicht zu erwarten ist, kann die Prämienpolitik nur als Übergangsmaßnahme zur freien Kursbildung angesehen werden, die nicht nur den Warenverkehr zu umfassen hätte.







Zeit	Arbeitsmarkt		Bundesbahnen <sup>16)</sup>																	Außenhandel						
	Unterstützte Arbeitslose Wien <sup>15)</sup>		Wagen je Arbeitstag																	Einfuhr						
	Bezugsdauer bis 30 Wochen	Notstandshilfe	Personenzüge	Güterzüge	Personenverkehr		Güterverkehr	Wagengstellung insgesamt in 1000		Wagengstellung insgesamt		Offene		Gedekte	Schemel	Binnenverkehr		Einfuhr	Ausfuhr	Durchfuhr	Gesamtverkehr	Auslandsverkehr	Insgesamt <sup>16)</sup>	Durchschnittspreis in Schilling		Lebende Tiere <sup>17)</sup>
					in 1000 Personen	Nutzlastgüter-tonnenkilo-meter in Mill.		Einnahmen in Millionen Schilling	Wagengstellung in 1000	Gestellung (1923-1931=100)	Offene	Gedekte	Einfuhr			Ausfuhr	Mill. S							1923-1930=100	Mill. S	
	152	153	154	155	156	157	158	159	160	161	162	163	164	165	166	167	168	169	170	171	172	173	174			
1928	39.3	28.9	50.5	355	16.5	31.0	166	117	6635	3230	3310	92	5634	1938	1003	735	9.651	3675	271	108	7.5	36	21.9			
1929	43.5	23.8	48.8	369	17.9	34.4	169	117	6752	3273	3377	73	5899	2148	871	774	10.007	3813	274	109	8.6	33	21.6			
1930	53.7	29.6	46.5	313	18.1	30.6	156	109	6258	2854	3344	60	5514	1711	745	697	8.926	3177	228	91	6.9	33	18.9			
1931	57.6	38.8	42.5	271	16.0	26.9	142	98	5679	2392	3250	36	5133	1626	545	558	8.084	2729	184	73	6.7	28	14.0			
1932	60.1	51.9	36.8	209	14.2	22.2	121	84	4788	1820	2950	19	4378	1219	411	405	6.452	2035	117	47	5.1	23	10.1			
1932 X.	53.0	59.4	35.4	206	11.6	25.9	152	89	5835	2649	3170	16	5278	1253	557	518	6.038	2328	107	39	4.9	22	14.3			
XI.	57.7	62.9	32.4	234	9.5	23.5	132	89	5287	2366	2908	14	4825	1239	462	424	7.134	2125	108	38	5.3	21	11.6			
XII.	65.6	69.1	33.8	218	10.7	22.5	121	89	4845	1960	2869	16	4415	1221	430	419	6.671	2069	117	36	5.3	22	9.9			
1933 I.	71.9	74.7	30.1	179	9.8	19.5	96	75	3446	1355	2480	10	3538	1115	308	345	5.483	1767	91	42	4.9	19	10.9			
II.	69.7	78.5	27.2	183	8.9	20.0	89	72	3702	1222	2470	10	3372	1143	331	410	5.441	1883	85	37	4.3	20	8.8			
III.	60.2	79.5	30.6	198	10.4	21.9	106	74	3943	1252	2674	16	3579	927	364	417	5.469	1707	101	43	4.4	23	8.0			
IV.	54.0	80.3	32.5	180	12.7	19.5	100	70	4162	1362	2781	20	3753	865	409	371	5.579	1645	85	34	5.7	23	6.6			
V.	48.8	79.9	34.1	203	11.8	21.2	103	70	4130	1360	2753	17	3705	911	425	377	5.621	1712	95	40	4.2	23	7.0			
VI.	47.0	79.8	36.3	201	14.1	20.7	106	73	4617	1696	2894	26	4159	983	458	526	6.290	1966	99	40	4.4	23	7.0			
VII.	48.0	77.9	41.4	206	17.5	21.3	113	75	4364	1601	2740	23	3944	983	420	502	6.024	1905	107	46	4.9	22	7.4			
VIII.	43.0	83.4	43.0	203	18.3	21.8	114	78	4373	1578	2778	17	3949	958	424	445	5.946	1828	87	35	4.6	19	8.4			
IX.	34.2	86.2	40.8	228	15.1	23.4	121	83	4828	1783	3025	21	4379	1076	450	497	6.556	2023	93	35	4.8	19	8.6			
X.	32.7	85.1	32.0	268	11.0	28.3	152	89	5838	2821	2999	19	5372	1194	466	445	7.662	2105	111	40	5.9	19	10.9			
XI.	35.4	85.1	28.7	250	9.0	25.7	138	93	5316	2479	2820	17	4892	1189	424	419	7.114	2033	119	42	5.7	21	8.6			
XII.	40.4	87.3					117	86	5078	2109	2950	18	4591	1330	487	432	7.043	2248	115	35	5.2	22	8.0			

\* Saisonbereinigt. -- Ø Durchschnitt.

Zeit	Außenhandel																									
	Einfuhr									Ausfuhr																
	Nahrungsmittel und Getränke <sup>16)</sup>		Rohstoffe <sup>16)</sup>		davon Brennstoffe <sup>16)</sup>		Fertigwaren <sup>16)</sup>		Insgesamt <sup>16)</sup>		Durchschnittspreis in S		Rohstoffe <sup>16)</sup>		Fertigwaren <sup>16)</sup>		Einfuhrüberschuß insgesamt <sup>16)</sup>		Ausfuhrüberschuß von Rohstoffen <sup>16)</sup>		Ausfuhrüberschuß von Fertigwaren <sup>16)</sup>		Gesamtertrag der öffentlichen Abgaben <sup>16)</sup>		Zolleinnahmen <sup>16)</sup>	
	Mill. S	Mill. q	Mill. S	1923-1930=100	Mill. S	Mill. q	Mill. S	1000 q	Mill. S	1923-1930=100	Mill. q	Mill. S	Mill. q	Mill. S	1923-1930=100	1000 q	Millionen Schilling									
	175	176	177	178	179	180	181	182	183	184	185	186	187	188	189	190	191	192	193	194	195	196	197	198		
1928	62.0	1.08	76	98	5.97	18.8	4.76	105	314	187	178	3.91	48	41.7	3.31	136	123	496	84	34.0	31	90	21.7	8.0		
1929	59.4	1.19	83	107	6.89	22.1	5.55	108	343	183	114	3.42	54	40.9	2.91	135	122	457	91	41.8	28	97	23.7	8.6		
1930	51.8	1.24	63	82	5.24	15.9	4.02	90	279	156	98	2.93	54	34.6	2.46	112	102	382	72	28.6	23	97	24.0	10.6		
1931	42.2	1.29	52	67	5.00	14.8	3.84	72	244	113	77	2.11	53	23.1	1.77	82	74	304	72	29.3	10	95	22.3	12.1		
1932	29.6	1.04	37	48	3.82	11.7	2.93	39	133	65	47	1.56	43	14.2	1.25	46	42	228	52	21.7	7	87	19.2	16.4		
1932 X.	26.0	0.89	34	46	3.82	12.1	2.92	32	109	72	39	1.97	36	14.4	1.32	49	40	227	36	19.5	17	92	17.9	16.7		
XI.	29.0	1.18	34	42	3.89	11.8	2.83	33	108	69	47	1.71	41	15.2	1.29	47	41	224	39	18.8	15	89	18.2	16.8		
XII.	32.3	1.38	40	38	3.72	11.3	2.83	34	110	67	37	1.65	41	15.0	1.33	47	37	242	50	24.9	13	95	20.5	17.4		
1933 I.	22.7	1.09	31	40	3.63	11.2	2.82	22	70	48	40	1.07	45	10.8	0.86	33	38	182	43	20.6	11	84	13.7	15.1		
II.	20.5	0.85	29	38	3.26	10.6	2.64	24	84	54	38	1.09	50	11.6	0.85	37	42	188	31	17.4	13	74	12.9	15.3		
III.	26.6	1.10	33	47	3.06	8.2	2.09	32	118	64	39	1.47	43	14.1	1.20	44	40	224	37	18.9	13	75	14.1	14.0		
IV.	19.6	0.90	31	41	2.58	6.5	1.67	26	111	62	38	1.73	36	16.0	1.46	42	37	230	22	15.0	16	82	16.8	19.8		
V.	23.2	1.09	32	47	2.91	7.9	1.94	30	124	67	43	1.93	35	16.8	1.64	44	42	225	28	15.5	14	83	15.6	16.5		
VI.	27.6	1.35	34	48	2.87	8.5	2.08	28	111	66	42	1.95	34	17.3	1.67	45	47	252	33	16.2	17	84	18.0	18.2		
VII.	25.2	1.37	36	51	3.31	9.5	2.45	27	99	74	50	2.09	35	17.3	1.79	44	43	272	38	18.6	17	84	17.2	16.1		
VIII.	17.6	1.05	33	45	3.41	9.2	2.40	27	84	69	44	1.86	37	16.9	1.55	49	44	277	18	15.7	22	71	13.0	14.9		
IX.	14.9	0.69	37	49	3.91	10.8	2.91	31	99	79	43	2.01	39	18.5	1.68	56	45	288	14	18.4	25	79	14.3	15.4		
X.	20.9	0.99	42	57	4.66	13.8	3.66	33	100	80	43	2.10	38	17.9	1.75	57	47	299	31	24.2	24	82	12.9	11.6		
XI.	23.1	1.01	48	59	4.49	12.5	3.29	36	102	80	48	1.94	41	17.9	1.61	54	47	284	39	29.9	19	81	15.8	13.3		
XII.	22.0	0.90	47	45	4.13	12.3	3.23	34	112	75	47	1.76	43	18.1	1.47	52	47	264	40	28.9	18					

\* Saisonbereinigt. -- Ø Durchschnitt.

<sup>17)</sup> Jänner, Februar und März 1932 Einfuhrüberschuß.